

Die zahnärztlichen Gremien kritisieren den Gesetzentwurf

Das GKV Beitragssatzstabilisierungsgesetz markiert einen tiefen Einschnitt für die zahnmedizinische Versorgung. In diesem Beitrag zeigt die ZNS-Redaktion die politische Intention, die ökonomische Mechanik und die Folgen für Praxen, Patienten und Versorgungssicherheit auf.

Stabilisierung um jeden Preis?

Mit dem Gesetz(entwurf) verfolgt das Bundesgesundheitsministerium das Ziel, die Ausgabendynamik der gesetzlichen Krankenversicherung dauerhaft zu begrenzen. Hintergrund ist eine strukturelle Finanzierungslücke, die ohne Gegenmaßnahmen zu deutlichen Beitragssatzsteigerungen führen würde.

Der zentrale Mechanismus: Die Ausgaben der GKV sollen künftig an die Grundlohnrate gekoppelt werden. Damit wird die Vergütungsentwicklung im Gesundheitswesen politisch gedeckelt – unabhängig von realen Kostensteigerungen in Praxen und Einrichtungen.

Für die Heilberufe bedeutet das eine neue finanzielle Realität, die besonders die Zahnmedizin trifft.

Wo das Gesetz besonders tief eingreift

1. Kieferorthopädie: Struktureller Eingriff mit Signalwirkung

Der Entwurf sieht vor, dass kieferorthopädische Leistungen künftig ausschließlich von Fachzahnärzten für Kieferorthopädie erbracht werden dürfen. Damit würde ein jahrzehntelang etabliertes Versorgungssystem aufgebrochen.

Die Auswirkungen laut Fachverbänden, BZÄK und KZBV: Rund 900000 Kinder und Jugendliche müssten ihre Behandler wechseln. In einigen Regionen in Bayern droht eine Unterversorgung, da KFO Fachpraxen dort nicht flächendeckend vorhanden sind. Die soziale Schere könnte sich wieder öffnen: „Man wird soziale Unterschiede wieder an den Zähnen erkennen“, warnen Vertreter der Selbstverwaltung. Für viele Zahnärztinnen und Zahnärzte bedeutet die Regelung ein faktisches Berufsverbot in einem zentralen Teilbereich der Versorgung. Die Bundes-KZV spricht von einem „Systembruch ohne Not“.



2. Vergütungsbegrenzung: Wirtschaftlicher Druck auf die Praxen

Die Kopplung der Ausgaben an die Grundlohnrate trifft die Zahnmedizin in einer Phase, in der Praxen bereits mit folgenden Herausforderungen kämpfen: Inflation bei Material- und Laborkosten, Fachkräftemangel und steigende Personalkosten, Digitalisierungs- und Investitionsdruck, höhere regulatorische Anforderungen. Die geplante Deckelung bedeutet: real sinkende Honorare bei real steigenden Kosten.

Für viele Praxen wird die wirtschaftliche Planungssicherheit damit erheblich eingeschränkt.

Die Selbstverwaltung warnt vor früheren Praxisabgaben, sinkender Attraktivität der Niederlassung, Gefährdung der flächendeckenden Versorgung.

3. Versorgungspolitische Bewertung: Zwischen Stabilisierung und Strukturbruch

Mit dem Gesetz will Nina Warkens Ministerium Beitragssatzstabilität, Eindämmung

überproportionaler Ausgabensteigerungen und die Entlastung der GKV-Finanzen ab 2027 erreichen. Die Institutionen in der Zahnmedizin erwarten eine Einschränkung bewährter Versorgungsstrukturen, die Gefährdung der KFO-Versorgung, weitere wirtschaftliche Belastungen der Praxen, das Risiko einer Zwei-Klassen-Versorgung. Sie kritisieren den Widerspruch zu politischen Zielen.

Die Heilberufe allgemein kritisieren vor allem die fehlende Differenzierung: Kostensteigerungen, die durch Qualität, Hygiene, Digitalisierung oder Personalnotwendigkeiten entstehen, werden pauschal gedeckelt – unabhängig von ihrer medizinischen Notwendigkeit.

Fazit aus zahnmedizinischer Sicht

Für die Zahnmedizin ist das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz mehr als ein finanzpolitisches Instrument. Es ist ein strukturpolitischer Eingriff, der Versorgung, Praxislandschaft und Patientenzugang nachhaltig verändern kann.

Die deutsche Zahnärzteschaft fordert deshalb die Streichung der KFO-Restriktionen, Planungssicherheit für die Praxen und Dialog statt pauschaler Kostendämpfung.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein, ob das Gesetz in seiner jetzigen Form verabschiedet wird – oder ob die Zahnmedizin Gehör findet.

RED/AWU

ANZEIGE

#reingehört

Unsere Fachinterviews im Podcast-Format jetzt auf **Spotify** oder auf **www.zwp-online.info** hören!



Zum Podcast auf
zwp-online.info



Zum Podcast
auf Spotify

